

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verantwortlicher: Amt Norden 2803 und 2496.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Verantwortlicher: Amt Norden 11007 und 11008.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 12. Dezember 1918

Nummer 50

# Internierung der Waffenstillstandskommission.

## Ablehnung weiterer Verhandlungen mit Erzberger?

Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Entente die deutsche Waffenstillstandskommission mit Erzberger an der Spitze in Trier interniert hat.

Die Gründe für diese aufsehenerregende Internierung sind noch nicht bekannt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Entente mit den Männern des alten Regimes auf Grund der alten Vollmachten nicht weiter verhandeln will, sondern Erzberger der neuen Regierung verlangt.

## Keine Einberufung des Reichstags.

Berlin, 11. Dezember. (B. T. V.) Die Mitteilungen des Berliner Tageblatts über eine unmittelbar bevorstehende Einberufung des deutschen Reichstags oder über Beratungen der Regierung in diesem Sinne scheitern jeder Begründung.

## Entlassung der westfälischen Großindustriellen.

Die „Vol. Parl. Nachrichten“ teilen mit: Die wegen angeblichen Hochverrats verhafteten Großindustriellen August Thullen, Fritz Thollen, Eduard Stinnes, Direktoren Berle, Beder, Wirt, Kommerzienrat Rüdten und Assessor Stens sind auf Anordnung des preussischen Ministeriums des Innern heute sämtlich freigelassen worden. Der Kaiser, der ihr Verbrechen belauscht haben wollte, und dessen Auslieferung schwer belastete, erscheint nicht als unbedingtes Ausnahmefall. Der Wirt des Lokals, in dem die Zusammenkunft stattgefunden haben sollte, hat bekundet, daß bei ihm eine derartige Konferenz überhaupt nicht stattgefunden hätte. Der Verdacht hat sich danach nicht aufrechterhalten lassen.

## Eine notwendige Abwehr.

Die Volksbeauftragten in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Innern erlassen eine Proklamation „An das deutsche Volk“, die kräftige aber notwendige Worte der Abwehr gegenüber der auf eine selbständige rheinisch-westfälische Republik hinielenden Propaganda findet. Unter Hinweis auf die bekannten Revolutionen der Zentrumsvorparlamente in Köln heißt es:

„Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigmachung einzelner Teile des Reichs oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volkstümlich regelt.“

Wie diese Aufgaben mit leichtverständlicher Verständigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neuverteilung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Wege der wahrscheinlichsten Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitanzusehen, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens“ berufen, die auch in Rheinland-Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden.

Auf entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitskraft des Reiches wird nicht „gehandelt“, sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweismangelnden Behauptungen, es bestünde die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“. Die Rheinländer sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höch-

## Die holländische Regierung und der Erzähler.

Den Haag, 11. Dezember. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Vorsitzende des Ministerrates Ruess de Secundbrou, die Regierung würde es leichter haben, wenn der frühere deutsche Kaiser sich nicht Holland als Zufluchtsort ausgesucht hätte. Er hätte aber, wie aus einer amtlichen Mitteilung der holländischen Gesandten in Berlin hervorgeht, vor seiner Flucht nach Holland auf den Thron verzichtet. Der Kaiser kam unerwartet auf holländisches Gebiet. Keine einzige Regierungsperson hatte etwas dazu beigetragen, oder sich einer Zwischenperson bedient, um etwas zu unternehmen. Nach der Thronentlassung konnte von der Internierung keine Rede sein. Es handle sich einfach um eine Frage des Völkerrechts und der Gostfreundlichkeit. Die Regierung wußte, daß Holland dadurch in Schwierigkeiten kommen würde, aber sie wollte nicht gegen diesen Vorbehalt alten Grundsatze handeln. Jeden Versuch, den Aufenthalt des Kaisers in Holland als unneutrale Haltung darzustellen, weist die Regierung zurück. Der augenblickliche Zustand sei indessen ein vorläufiger. Es hänge von der Entwicklung der internationalen Ereignisse und von der inneren Lage ab, was zu tun sei. Ein eventuelles formelles Ansuchen um Auslieferung des früheren Kaisers würde auf seine Gesetzmäßigkeit und auf die bestehenden Verträge hin untersucht werden müssen.

## Für den Zusammenbruch Thüringens.

Erfurt, 11. Dezember. Die Vertreter der A- und S-Räte, sowie die Vertreter der thüringischen Staaten und Preußens haben in ihrer Tagung im Stadtverordneten-Sitzungssaal zu Erfurt am Dienstag mit 68 gegen eine Stimme folgende Entschlieung gefaßt: Im Rahmen der ungeheuerlichen Einheitsrepublik des Reichsgebietes soll auch das Ziel des Strebens von Generationen nach einheitlicher staatlicher Gestaltung Thüringens Wirklichkeit werden. Die Vertreter der A- und S-Räte des 36. Wahlbezirks zur deutschen Nationalversammlung der thüringischen Staaten, des Regierungsbezirks Erfurt und des Kreises Schmalkalden schlagen deshalb vor, daß von ihnen vertretene Gebiet zu einem Staate Thüringen als Teil der Einheitsrepublik Deutschland zusammenzufassen. Alles weitere soll ein von Vertretern der thüringischen Staaten und Preußens zu bildender Ausschuss sobald als möglich vorbereiten. Die Obliegenheiten der Übergangszeit sind schon vor dem verfassungsmäßigen Ausbau von dem vorgenannten Ausschuss in Angriff zu nehmen.

## Wilson hält fest an seinen Grundzügen.

Genf, 11. Dezember. Wie der „Populaire“ meldet, haben die Vorstände der französischen Friedensgesellschaften dem Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Paris, eine Adresse an den Präsidenten Wilson überreicht, worin sie die Bedingungen eines dauernden Friedens in Erinnerung bringen und den Wunsch aussprechen, daß Wilson selbst die Friedensverhandlungen leiten und seinen Kautelhalt in Europa so lange aufheben möchte, bis der künftige Verein der Völker gegründet sei. Der Vorkämpfer Charles Sharp gab der Abordnung die Versicherung, daß der Präsident Wilson unerschütterlich an seinen Grundzügen der demokratischen Organisation der Welt festhalten werde. Der Friede müsse gerecht sein, um Dauer zu haben, und die Abrüstung müsse das neue Zeitalter lehren.

## Die Wählarbeit der Bourgeoisie.

Von allen Seiten, mit allen Mitteln versucht die bürgerliche Presse, vor allem die Berliner, die sozialistische Regierung einzukreisen und die deutschen Zustände der Provinz dem Ausland als völlig verworren und unhaltbar hinzustellen. Sie hat damit die Kerikalen und großindustriellen Bestrebungen zur Zerstörung der deutschen Einheit aufs kräftigste gefördert und die Bläse mancher französischer Revansepolitiker unterstüßt. Jetzt gibt eine neue Seite los, um dem alten Reichstag mit seiner konservativ-kerikal-nationalliberalen Majorität wieder zur Macht zu verhelfen und gleichzeitig der Entente zu lagern. Sie solle, falls das Verlangen nicht erfüllt werde, einmarschieren, um der Herrschaft der A- und S-Räte ein Ende zu bereiten.

Wir haben wiederholt auf die Erbärmlichkeit dieser Machenschaften hingewiesen, die mit den ausländischen Machthabern gegen das eigene Volk konspiriert, weil dieses Volk sich befreit, sich seine eigenen Regierungsorgane gegeben hat. Die Sache dauert aber fort und heute veröffentlicht das „Berl. Tagebl.“ Erklärungen, die äußerst alarmierend wirken müssen um so mehr, da es sie mit dem Ansehen zuverlässigster Information abgibt.

Nachdem das Blatt am Morgen bereits behauptet hatte, daß die Entente es ablehne, angesichts der gegenwärtig in Deutschland herrschenden Zustände in Friedensverhandlungen einzutreten, veröffentlicht es in sensationeller Aufmachung am Abend das Folgende:

Die Entente ist allem Anschein nach tatsächlich nicht geneigt, mit der sozialistischen Regierung und den Arbeiter- und Soldatenräten Deutschlands zu verhandeln, da sie in diesen Körperschaften keine Vertretung des gesamten deutschen Volkes erblickt. Sie dürfte, nachdem sie seit vier Wochen bereits jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsleitung vermieden hat, morgen bei Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung der Waffenstillstandsfrist in Trier eine dahingehende Erklärung abgeben. Angesichts dieser Sachlage schweben innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber, den Reichstag wieder einzuberufen, um der gegenwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Regierung nachdringlich die Konsequenzen aus dem Verhalten der Entente wird ziehen müssen. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt. Ein solcher Beschluß dürfte spätestens im Laufe des morgigen Tages erfolgen. Wir möchten in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß die Reichstagsung der Arbeiter- und Soldatenräte auf Montag, 16. Dezember, nach Berlin einberufen ist.

Wir erklären demgegenüber, daß diese Angaben absolut unrichtig sind bis auf den Zusammentritt des Zentralrats, der bereits längst auf diesen Tag festgesetzt war und mit dem Vorangehenden nichts zu tun hat.

Die Entente hat als solche gar nicht zu erkennen gegeben, daß sie mit den A- und S-Räten nicht verhandeln will, und wir sind überzeugt, daß überhaupt über diese und die damit zusammenhängenden Fragen vor der Ankunft Wilsons gar keine Entscheidung getroffen ist, schon deshalb, weil das eine unerhörte Brückierung Wilsons wäre.

Es stimmt nicht, daß die Entente überall im besetzten Gebiet die Räte auflöst. Das haben allerdings die Franzosen und Belgier bisher getan, die Amerikaner aber nicht, und die Engländer haben sich verschiednen verhalten, z. B. in Wilhelmshaven, wie wir an anderer Stelle berichten, mit dem Marinematrat verhandelt. Außerdem würde die Auflösung der Räte im besetzten Gebiet noch nichts darüber besagen, ob die Entente mit den Vertretern außerhalb dieser Gebiete verhandeln will.

Wir stellen weiter fest: Die Entente hat der Regierung bisher in keiner Weise zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht verhandlungsfähig sei. Sie hat vielmehr die Regierung schon dadurch anerkannt, daß sie mit dieser Regierung den Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen und mit den Vertretern dieser

Regierung über die Ausführung der einzelnen Waffenstillstandsbedingungen fortlaufend verhandelt hat.

Es ist eine glatte Erfindung, daß innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber schweben, den Reichstag wieder einzuberufen. Dem Kabinetts lag in der gestrigen Sitzung zwar das Telegramm des Kölner Oberbürgermeisters vor, aber von keiner Seite wurde darauf ernstlich eingegangen. Niemand rechnet im Kabinetts mit der baldigen Einberufung des Reichstags, der vielmehr als abgelehnt gilt.

Wir wollen vorläufig annehmen, daß das „Berl. Tagebl.“ einer Modifikation zum Opfer gefallen ist. Es hätte dann allen Grund zu unteruchen, wer der Urheber dieser Täuschung gewesen und zu welchen Zwecken er sie ausgeführt hat. Trotzdem bleibt es unverantwortlich, mit solchen ungenügend nachgeprüften Falschmeldungen die Bevölkerung aufzuregen und die allzu hohe, von der Presse zum größten Teil verhängelte Nervosität noch zu steigern. Sie schreiben nach Ruhe und Ordnung und tun alles, um zu beunruhigen!

Charakteristisch ist auch, wie das „Berl. Tagebl.“ die Meldung ausnützt. Kein Wort des Protestes — wie billig sind sonst Protesterklärungen — gegen die Einmischung in deutsche innere Verhältnisse! Kein Wort davon, daß die Zustände in Deutschland nicht weniger als in einer solchen Einmischung auch nur einen inhaltlichen Vorwand geben. Kein, der Gedanke der Einberufung des Reichstags macht dem „B. T.“ offenbar große Freude und schon erlaubt es sich an der Vorstellung, der Reichstag, diese verächtlichste aller Körperlichkeiten, dieses wüsten und willenlose Werkzeug des Lindendorfs, der bis zur letzten Stunde alle Schandthaten der Kriegspolitik gedeckt hat, dieser Reichstag werde die — Ergänzung oder Umbildung der Regierung fordern! So sieht die publizistische Vertreterin der neuen demokratischen Partei aus, so stellt sie sich auf den Boden der neuen durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse!

Nun, sie mag sich gefast sein lassen, der Reichstag ist erledigt, wie Wilhelm erledigt ist; sie gehören zusammen und sind zusammen auf den Schindanger der Geschichte gemorren worden — vom deutschen Volk aus eigenem, revolutionärem Recht.

Der frohe Schwindel, der da in der Presse mit diesen Nachrichten verübt wird, ist deshalb so gefährlich, weil er bei der Entente geradezu den Eindruck erweckt in u. h., daß ein Teil der Bevölkerung ihren Einmarsch herbeisehnt. Desto mehr ist es die Pflicht aller dazuer, die Deutschland vor diesem Angriff bewahren wollen, der skandalöseste Hebe, und dem nichtsnutzigen Sensationstreiben der Berliner Presse entgegenzutreten, die bewußt oder unbewußt mit dem Ausland gegen das eigene Volk konspiriert.

Die deutsche Revolution hat trotz der ungeheuren Entfaltung und des fürchterlichen Elends, die die Politik der früher Herrschenden über das Volk verhängt hat, mit geringen Opfern den Sieg errungen als frühere Umwälzungen. Von unbedeutenden Störungen, wie sie in solchen Zeiten unvermeidlich und geringer sind als in früheren Revolutionen, geht das Leben in Deutschland trotz Demobilisierung und Uebergangskrise einen geordneten Gang. Sinter der Regierung steht die übermächtige Mehrheit des Volkes. Selbst die Gegner gestehen es zu und wagen es nicht, offenen Sturz zu verlangen.

Um so eifriger suchen sie deshalb, was sie nicht allein erreichen können, mit Hilfe der Entente zu erreichen. Deshalb die Schornsteinerei, deshalb die giftigen Verleumdungen, deshalb jeden Tag neuer Alarm, neue Ränke und neue Tücken.

Man setzt das eigene Volk herab, man entwürdigt Deutschland, um der Entente nahezu legen, „Ordnung“ zu schaffen, die schöne Ordnung, die heilige Ordnung, die den kapitalistischen Profit sichert und die Arbeiter niederhält.

Von der deutschen demokratischen Partei, wie sie das „B. T.“ vertritt, zum Zentrum und den Konservativen hinüber dieselbe Haltung, dieselbe Machel!

Wenn das Unglück geschieht, wenn Deutschland besetzt wird, dann tragen jene die Verantwortung.

### Entente und Soldatenräte.

Gegenüber der Meldung des Kriegspresse-Amtes von der angeblichen Weigerung Englands, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen, an denen Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte oder die revolutionären Parteien teilnehmen, sind wir in der Lage, darauf hinzuweisen, daß England gegen das Bestehen der Arbeiter- und Soldatenräte als eine innere Angelegenheit Deutschlands nichts einzuwenden hat. Die Vertreter Englands glauben allerdings Verhandlungen mit diesen Körperlichkeiten nicht führen zu können, weil ihnen ein behördlicher Charakter nicht innewohnt und weil nach ihrer Auffassung nur Verhandlungen mit Behörden rechtswirksam seien.

Zu demselben Thema wird uns geschrieben: Die englische Waffenstillstandskommission hat gestern die hier im Gange liegenden Kriegspolitiken beschäftigt. Wesentlich ist von der interessierten Presse immer wieder behauptet worden, daß die englische Kommission es strikte ablehne, mit den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhandeln. Bei den früheren Verhandlungen wegen Absetzung der deutschen Kriegsschiffe ist allerdings eine solche Abordnung an Bord der englischen Schiffe nicht empfangen worden; der Grund hierfür dürfte darin zu suchen gewesen sein, daß einleitende Berichte über das Verhalten der Soldatenräte in die feindliche Presse gedrungen sind und dort den Eindruck hervorgerufen haben, als herrschten in Deutschland die gleichen Zustände wie in Russland. Aus dieser so entstandenen Auffassung erfolgte damals die Ablehnung. Dagegen wurde beim Ausschiffen der englischen Waffenstillstandskommission in Wilhelmshaven diese von Offizieren der Hochseeflotte und Vertretern des Soldatenrats Wilhelmshaven empfangen.

Die Vertreter des Soldatenrats trugen die sie kennzeichnende Umkleide. Die Engländer erhielten auf Verlangen die Auskunft, daß diese Umkleide die Vertreter des Soldatenrats kennzeichnen. Die englische Kommission ersuchte dann um einen Sicherheitschein von Seiten des Vollziehungsausschusses des Soldatenrats, anfangs nur für Wilhelmshaven, der auch erteilt wurde. An der Verhinderung der Schiffe nahmen die Vertreter des Soldatenrats teil, ohne daß von Engländern dagegen Einspruch erhoben wurde. Am nächsten Tage ersuchte die Entente-Kommission um einen Sicherheitschein für das ganze Oldenburger Gebiet und dort den Eindruck hervorgerufen haben, als herrschten in Deutschland die gleichen Zustände wie in Russland. Aus dieser so entstandenen Auffassung erfolgte damals die Ablehnung. Dagegen wurde beim Ausschiffen der englischen Waffenstillstandskommission in Wilhelmshaven diese von Offizieren der Hochseeflotte und Vertretern des Soldatenrats Wilhelmshaven empfangen.

gegen die Wirkung der Abgeordneten des Soldatenrats nichts eingewandt worden; die Besichtigung der Schiffe verlief ohne jeden Zwischenfall und völlig planmäßig. Ein Mitglied der Entente-Kommission äußerte sich unseren Vertretern gegenüber, er stehe über die Ruhe, mit der hier alles vorgehe, da man durch die Berichte der Zeitungen hohle schwärzliche Zustände noch russischem Muster her vorzufinden glaube.

Aus den obigen Ausführungen geht deutlich hervor, daß die Berichte eines großen Teils der Presse über die absolute Ablehnung der Soldatenräte durch die Engländer vollständig unzutreffend sind; es geht ferner daraus hervor, daß gerade solche entstellenden aufgepaukten Berichte den Anlaß dazu gegeben haben, daß man im Ausland über die Zustände in Deutschland ein vollständig falsches Bild bekommen hat. Also nicht die Arbeiter- und Soldatenräte sind schuld daran, wenn das feindliche Ausland zu der Ansicht kommt, man könne mit den jetzigen deutschen Vertretern nicht verhandeln, und deshalb von der Entente gewaltiam Ordnung geschaffen werden müsse; nein, lediglich durch die unverantwortliche Hebe der reaktionären und kapitalistischen Kreise ist solche Meinung hervorgerufen. Es wird unsere Aufgabe sein, dem Treiben dieser Hege — die teils auch, wie hier zutage tretende Umstände klar erweisen lassen, in Offizierkreisen zu finden sind — in Zukunft aufs schärfste entgegenzutreten: Zum Wohle unseres Volkes und unseres gesamten Landes.

Der Ausschuß. (Zentralrat der Marine).

### Immer wieder konterrevolutionäre Aktionen von Offizieren.

Durch die bürgerliche Presse ist dieser Tage eine Entstellung, die einmal über den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen standlieferte, der erst durch die Bitte eines Leutnants des Garde-Kürassier-Regiments dazu gebracht worden wußte, auf seinem Schlosse Klein-Glienicke neben der roten Fahne eine schwarz-weiß-rote zur Überprüfung der heimkehrenden Truppen lassen zu lassen und es als noch schlimmer bezeichnete, daß der Leutnant, der diese patriotische Tat vollbrachte, vom Regimentskommandeur deswegen seiner Stellung als Führer zweier Maschinengewehrkompanien entbunden und benachteiligt wurde, sofort einen längeren Urlaub angutreten.

Wir wollen ganz dahingestellt sein lassen, ob dem Prinzen Friedrich Leopold wirklich eine Verharmlosung seiner politischen Meinung durch die Äußere widerfahren; wir wissen über seine politische Stellung nichts und legen auf schnelle Belehrungen zum revolutionären Standpunkt nicht allzu großen Wert. Festgestellt zu werden verdient aber, daß die Tat des Leutnants eine ganz offene gegenrevolutionäre war. Neben dem Vergehen wird uns nachträglich mitgeteilt:

Am 7. mittags drang der Leutnant von Hontig vom Garde-Kürassier-Regiment mit einigen Unteroffizieren und Wonnajungen in das Schloß ein. Auf dem Korridor traf die Schär den Prinzen. Der Leutnant forderte ihn in scharfer Weise auf, sich innerhalb 30 Minuten bereit zu erklären, eine deutsche Fahne auf seinem Schlosse zu lassen, andernfalls etwas passieren würde. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, daß das Regiment 30 Maschinengewehre mitführe. Der Prinz verbot sich ein derartiges Verhalten, und wies darauf hin, daß er General und damit sein Vorgesetzter sei. Der Leutnant erklärte indes lächelnd, daß ihm das ganz gleichgültig sei.

Es ist also die Haltung der schwarz-weiß-roten Fahne durch Drohung mit Gewalt erzwungen worden. Dem Leutnant ist ferner, daß der Regimentskommandeur d. Ehrdstein erklärt, er sehe jachlich ganz auf dem Standpunkte des Leutnants, er mißbillige nur die Art seines Vorgehens gegen den Prinzen.

Der Vorfall zeigt also wieder einmal sehr deutlich, wie Offiziere ihre gegenrevolutionäre Gesinnung sofort in herausfordernder Weise kundgeben, wenn sie glauben, die Macht dazu zu haben. Er beweist aber auch wieder ihre mangelnde Auffassung der Monarchie, und zeigt die große Gefahr, die daraus für die Revolution entstehen kann.

Einen weiteren Beitrag zu diesem Kapitel liefert das Vorkommnis in Chemnitz beim Einzug des dortigen Monarchenregiments. Die „Chemnitzer Volksstimme“ gibt davon folgende Darstellung:

### Der Geist von Potsdam.

Vom Vorstand des Potsdamer A. u. S.-Klubs gehen uns folgende bemerkenswerte Mitteilungen zu:

Nach Einzug des 1. Garde-Reg. zu Fuß in Potsdam ließ der Regimentskommandeur, Graf zu Eulenburg, Parade-marsch ausführen. Beim Marsch der Truppen durch die Stadt wurden vor Eitel Friedrich Ehrenbezeugungen kommandiert. In der Kasernen angelommen, wurde ein Mann mit 5 Tagen mittleren Arrest bestraft, weil er in seinem Quartier seinen Kompagnieführer keine Ehrenbezeugung erwiesen hatte.

Durch Regimentsbefehl ordnete Graf zu Eulenburg an, daß Ehrenbezeugungen in alter Weise auch außer Dienst auszuführen seien. Ziffer 5 des Regimentsbefehls lautet: Die beim Gef.-Bataillon bestehenden Vertrauenskreise haben nur beratende Befugnisse. Einmischung in die Befehls-gewalt steht ihnen nicht zu. Gegenzugung nur bei Stamm-tollen-Anerkennung.

Vom 11. Dezember ab erhält jeder Offizier, Unteroffizier und Mann ein tägliches Besoldungsgeld von 4 Mark. Durch letztere Bestimmung haben sich die militärischen Schwerearbeiter der übrigen Potsdamer Truppenteile veranlaßt gesehen, mit Arbeitsniederlegung zu drohen, da sie sich bei der gleichen Entschädigung von 4 Mark geschädigt fühlen. Welche Wirkungen das eigenmächtige Vorgehen des Grafen zu Eulenburg haben kann, ergibt sich aus den in der Truppe, besonders beim Gef.-Batt. des 1. Garde-Regiments, einsetzenden Unruhen. Verbindungen mit dem A. u. S.-Klub aufzunehmen oder gar das 1. Garde-Regiment politisch belehren zu lassen, lehnt Graf zu Eulenburg ab.

Vorstand des A. u. S.-Klubs Potsdam.

### Sitzung des Vollzugsrats.

#### Die Bewaffnung der Studentenschaft.

Am Mittwoch fand wiederum eine Sitzung des Vollzugsrats der Groß-Berliner A. u. S.-Klubs statt. Nach dem Bericht des W. T. V. fand auf der Tagesordnung zunächst ein Erklären der Regierung, wegen konterrevolutionärer Antriebe festgenommene Personen freizugeben. Es handelt sich in erster Linie um den Hauptmann Korng vom Kriegsministerium, der in enger Verbindung mit dem Hotel Bristol aufgehobenen Studentenschaft hand.

Vollzugspräsident Eichhorn gab einen Untersuchungsbericht über die Vorbereitungsarbeiten und Ziele der Studentenschaft. Daran geht hervor, daß diese Verbindung planmäßig an ihre Ausrüstung mit Waffen und anderem Material arbeitete; sie fand in steter Fühlung mit dem Kriegsministerium, mit dem Kommando des A. u. S.-Klubs, mit der Kommandantur und dem stellvertretenden Generalkommando;

überall erfreute sie sich wohlwollender Förderung. Hauptmann Korng hatte den Auftrag, aus der Artilleriewerkstatt Spandau 600 Gewehre für die Studentenschaft zu beschaffen, hatte auch die hierzu erforderlichen Anforderscheine ausgefertigt. Zur Nachschlage bemerkte Eichhorn, daß es rasam und wünschenswert sei, die Festnahme Verdächtiger möglichst einzuschränken.

Die Regierung forderte durch Vorsitz die Freilassung des Hauptmanns Korng, der Kriegsminister verbürgte sich für den Mann und werde keine dienstlichen Vergehen bestrafen. Nach kurzer Debatte einigte sich der Vollzugsrat mit dem Vertreter der Regierung, daß die bereits eingelebte Untersuchungskommission über die Freilassung des Korng entscheiden und daß im Falle der Freilassung des Kriegsminister volle Bürgschaft übernehmen solle.

Einem Wunsche der Regierung nachkommend, beschloß der Vollzugsrat, sich an den Einzugsfreischreitern für die heimkehrenden Truppen zu beteiligen.

Von einer Delegation des Groß-Berliner Sicherheitsdiensts wurden Beschwerden über die Behandlung seiner Mitglieder durch die republikanische Soldatenmehr vorgetragen, deren schnelle Beledigung einer Kommission übertragen wurde, die sich aus Vertretern der Regierung des Groß-Berliner Ausschusses und der Kommandantur zusammensetzte.

In dem Bericht über die Mittwoch-Sitzung verbreitet gleichseitig W. T. V. eine Verächtung: Die Zurückziehung der an die russischen Sowjets ergangenen Einladung sei nicht auf den Widerstand der S.-Klubs an der Ostfront zurückzuführen, sondern auf die ablehnende Haltung der Regierung.

Nach einer Woff-Meldung wurde am Mittwoch auch der frühere Mitglied des A. u. S.-Klubs Colin-Roh aus der Haft entlassen, nachdem sich die Haftlosigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen herausgestellt hat.

### Ein Berichtigungsdienst.

Herr Otto Wels tut kund und zu wissen, daß er gegenüber den von der „Freiheit“, der „Köln. Jahne“ und anderen Blättern täglich gebrachten falschen Berichten über Maßnahmen der Kommandantur sich gezwungen sehe, einen eigenen Berichtigungsdienst einzurichten. Dieser Berichtigungsdienst wendet sich dann zunächst gegen den Bericht der „Freiheit“ über eine Verbreitung der Soldatenräte des Garde-Regts. in der höchst geheimen sehr weitgehende Instruktionen über eventuelle Maßnahmen gegen Sparschabensdemonstrationen gesehen wurden. Dazu wird bemerkt:

Herr Wels hätte von der Einberufung der Versammlung keine Kenntnis. Mit anderen Arbeiten überlastet, leistete er erst wiederholter dringender Einladung Folge und begab sich zu jener Sitzung. Dort wurde ihm als vollendete Tatsache der Beschluß mitgeteilt:

Die Soldatenräte treten geschlossen für die Regierung Ober-Posse ein. Jeder Aktion gegen diese, komme sie von rechts oder von links, wird entgegengetreten werden. Die Soldatenräte unterstellen sich unmittelbar der Kommandantur und halten sich zu deren Verfügung.

Der Kommandant dankte für diese Bereitwilligkeit und erklärte, daß sie der Kommandantur ihre Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu erhalten, sehr erleichtere und gegenüber dem bisherigen Zustande, unter dem selbst bei Meldung von Blauverurteilungen dergleichen nicht einmal sofort Truppen zur Verfügung standen, geradezu eine Erleichterung herbeiführe. Der Kommandant wurde abgedankt, der Offiziersdienst von der Last, daß die Truppen sich zur Verfügung gestellt hätten, Kenntnis zu geben, dies geschah. Und damit waren die eigenartigen „Wahngedanken“ erledigt.

Das ist eine höchst merkwürdige „Berichtigung“. Auf die Hauptsache geht sie mit keinem Worte ein. In man gewinne sich den Eindruck, als ob Herr Wels — vielleicht nicht ganz unabsichtlich — von einer ganz anderen Versammlung spricht als jener, von der in unserem Bericht die Rede war.

Wenn der Berichtigungsdienst weiter so arbeitet, muß ihm noch ein besonderer Berichtigungsdienst für seine Berichtigungen zur Seite gestellt werden.

### Berufung des Grafen Arco ins preussische Handelsministerium.

Auf Veranlassung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist der bekannte Pazifist Georg Dr. Graf Arco in das Handelsministerium berufen worden. Graf Arco, der Eselbinder der drahtlosen Telegraphie, hat sich als Vorkämpfer des Bundes „Neues Vaterland“ während des Krieges große Verdienste um die Propaganda pazifistischer Ideen erworben.

### Die Trennung von Kirche und Staat.

In westdeutschen Blättern wird wiederum die gefährliche Hauptung verbreitet, die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat stehe unmittelbar bevor. Wie die „B. P. R.“ dazu von ausländischer Seite hören, ist diese Mitteilung unzutreffend. Am Sonnabend wird im Kultusministerium eine völlig unparteiisch zusammengesetzte Kommission ihre Arbeiten aufnehmen, deren Aufgabe es sein wird, den ganzen auf diesem Gebiete vorliegenden Fragenkomplex zu erörtern und zu klären. Der Kommission gehören auch eine Anzahl von Geistlichen an. Vielleicht haben die Vorbereitungen zu dieser Kommission den Anlaß zu der falschen Meldung gegeben, wofür es sich dabei nicht um eine bloße Stimmungsmache handelt.

### Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Das Reichsamt für Demobilisation hat eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, von denen eine Abnahme der arbeitsfähigen Arbeitslosigkeit erwartet werden kann. Unter anderem wird die notwendige Scharziehung der Arbeiter in den Fabriken betrieben, damit an ihre Stelle die arbeitsfähigen männlichen Personen treten können. Die Arbeiterinnen sollen auf dem Lande und in den Kleinstädten untergebracht werden, ein Programm, dessen Durchführung großzügig in die Wege geleitet worden ist. Auch sonst sind Maßnahmen eingeleitet, um die Verteilung der in den Großstädten zusammengehaltenen Massen von Arbeitslosen aufs Land herbeizuführen.

Schließlich sind von dem genannten Amt Schritte unternommen worden, um die sofortige Entlassung aller Berufsarbeiter aus dem Heeresdienst herbeizuführen. Man hofft auf diese Weise den immer schärfer werdenden Kostenmangel beseitigen zu können.

### Die Engländer in Kiel.

Kiel, 11. Dezember. Das englische Linienschiff „Ceres“ mit der Marinekommission der Entente an Bord ist in Begleitung von zwei Reportern heute abend in den Kieler Hafen einlaufen.

# Verammlung des Groß-Berliner Soldatenrats.

In der am Mittwoch, den 11. November stattgefundenen Verammlung der Soldaten-Räte Groß-Berlins stand zunächst wieder einmal die Lohnfrage der Soldatenräte auf der Tagesordnung.

Zunächst wird die Frage laut, wer ist eigentlich Soldatenrat? Die Verammlung protestiert gegen eine seitens des Kriegsministeriums erlassene Verordnung, wonach fünfjährige mit dem Verdichtungschein in der Entlassung bevorzugt werden sollen.

Nach einer Debatte darüber, ob das ausgeschiedene Vollzugsratsmitglied Bergemann vom Vollzugsrat noch weiter beauftragt werden darf, was verneint wird, folgen die Mitteilungen der Wahlkommission, die von keiner wesentlichen Bedeutung sind, sondern lediglich prinzipielle Fragen behandeln.

Leichmann erstattet den Bericht der fünfjährigen-Kommission, die sich u. a. gegen Bildung einer sogenannten Regierungskammer aus altigen Unteroffizieren ausspricht.

Hähnlich begründet einen Antrag auf Ablegung der Ehrenzeichen.

Ordow erhält seinen Bericht über seine Propaganda-Aktivität bei den Fronttruppen, bei denen er gerade ungeheure Verhältnisse vorfindet, die den Ruf nach Aufhebung der Frontbeschränkung rechtfertigen.

Es folgen nun die Berichte der Siebenerkommission, die die gegen die einzelnen Vollzugsratsmitglieder erhobenen Anschuldigungen zu prüfen hat. Die gegen Bergemann, den Delegierten für wirtschaftliche Demobilisation, erhobenen Anschuldigungen sind durchaus zu Recht geblieben, da er nicht, wie er selbst angegeben, Referent im Kriegsministerium gewesen sei, sondern dort nur einen vollkommen untergeordneten Posten bekleidet habe.

Die Verammlung sprach ihm nahezu einstimmig ein Misstrauensvotum aus. Danach fuhr der Referent in seinem Bericht fort:

Die Kommission habe sich gegen Kollensbühr vorliegende Material gerührt. Daraus sei angeführt: Obgleich die Vorsitzenden des Vollzugsrates sonst keineswegs wackerlich in der Ausübung von Amtspflichten gewesen seien, habe Kollensbühr doch dem Generalintendanten des Heeres, General Hienhardt, und dem Direktor des Armeeverwaltungsdienstes, Generalleutnant Tosen, und ihren Adjutanten die Ausweise verweigert, was natürlich deswegen, weil sie Offiziere seien, obgleich doch alle vier für die Demobilisierung des Heeres von größter Wichtigkeit waren.

Es gelangen nun die vom zweiten Vorsitzenden des Bureau des Groß-Berliner Soldatenrates A. Reichsamer zu Protokoll gegebenen Wortworte gegen Kollensbühr zur Verhandlung, die dahin gehen, daß Kollensbühr den vom Vollzugsrat ernannten Kommissar des Nationalauschusses keine Vollmachten verleiht, dagegen zu allen übrigen Zwecken die Vollmachten erteilt und nicht für die Organisation der Groß-Berliner Truppen unternommen habe.

Zusammenfassend verurteilt der Referent, der Siebenerkommission, alle diese gegen Kollensbühr erhobenen Vorwürfe bis zum letzten Grade dadurch zu entschärfen, daß er auf die Arbeitsleistung aller Mitglieder des Vollzugsrates hinweist und darauf, daß es einzelnen mit der Heberhebung von Dienststellen heraus, daß es einzelnen an der nötigen Erfahrung fehle. Zweifelstretenden Mitgliedern der Soldatischen Rätelehren des Rates ist es aber unter den Soldatischen Rätelehren des Rates zu verstehen, daß Kollensbühr, verurteilt die einzelnen Anführer der Revolution das Wort, es lehne zwischen dem Vollzugsrat und dem Groß-Berliner Soldatenrat an einem geeigneten Anhalte, auf dessen Schaffung er immer hingewiesen habe.

Hilner vom Kriegsministerium: Wenn Kollensbühr nicht gemüht habe, was der Generalintendant des Heeres und der Direktor des Armeeverwaltungsdienstes, für die er, Hilner, von Kollensbühr die Vollmachten verlangt habe, zu tun hätten, so hätte er sich bei ihm danach erkundigen können. Hier erhob sich in der Verammlung großer Sturm, Zwischenrufe

wurden laut, unter ihnen mehrmals das Wort Hochspiel.) Hilner verneint sich gegen den Vorwurf, aus persönlichen Motiven heraus die Angriffe auf Kollensbühr unternommen zu haben.

Seiden empfindet, daß Kollensbühr seitens der Siebenerkommission eine zu günstige Beurteilung gefunden habe, wenn er von dieser als ein Mann von harmloser Mittelmäßigkeit dargestellt werde. Wann solle die im Vollzugsrat herrschende Selbst- und Weisheit zur Sprache kommen, wenn nicht bei Beilegung der Angelegenheit Kollensbühr.

Cohen-Koch richtet an die Verammlung die Bitte, es sich reichlich zu überlegen, ob sie für die Dauer von drei Tagen noch Mitglieder des Vollzugsrates ablegen wolle, da ja doch in wenigen Tagen die Wahlen zum Zentralrat stattfinden, vor dem sich dann die Mitglieder des Vollzugsrates zu verantworten hätten.

Nach zweimaligem Hinausschieben wird endlich ein Antrag auf Schluß der Debatte und Zurückweisung des Materials an die Kommission angenommen. Ein inzwischen eingetroffener Dringlichkeitsantrag verlangt Auskunft, weshalb Cohen-Koch und Gerhardt aus dem Vollzugsrat ausgeschieden und verhaftet seien. Max Cohen antwortet hierauf, daß sich beide Mitglieder des Vollzugsrates infolge der gegen sie erhobenen schweren Anschuldigungen selbst zur Verfügung gestellt haben.

Es macht sich nun für Bernhagen und Bergmann eine Neuwahl nötig, für die Max Cohen Unterricht und wirtschaftliche Demobilisation. Nachdem alle sechs Kandidaten ihr politisches Glaubensbekenntnis abgelegt haben, schreitet man zur Wahl, die auf 8 Uhr und von Lojewski fällt.

Gerhardt-Jüterbog erhebt gegen den Vollzugsrat den Vorwurf, er treibe doppeltes Spiel, und es sei ihm im Ernst gar nicht um die Einberufung der Zentraldelegiertenversammlung am 18. Dezember zu tun gewesen. Nicht nur Bürger sondern die Konstituante, sondern auch das Proletariat. Es sei dem Vollzugsrat bekannt geworden, daß von anderer Seite ein Zentraldelegiertenrat geplant war. Er sei diesem vorher zuvor gekommen und habe die Wahl für den 18. Dezember bestimmt. Dieser Zeitpunkt sei jedoch überkürzt gewesen, da der vom Vollzugsrat herausgegebene Wahlmodus nur für Groß-Berlin bestimmt ist und das Reich ihn selbst heute noch nicht besitzt.

Das Mitglied des Vollzugsrates Gottschling entschuldigt diesen gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Niemand treibe sich mehr über denartige Tumulten, als ein Teil der bürgerlichen Presse, die die Revolution abwürgen möchte.

Stoll, Mitglied der Siebenerkommission, spricht über die Tagesordnung der Kongressverammlung vom kommenden Sonntag und führt aus, daß es nicht heißen müsse: Nationalversammlung oder Räteregierung, sondern Nationalversammlung und Räteregierung.

Bei sich leerendem Hause wird der Bericht der Kommission über militärische Gerichtsbarkeit entgegengenommen und nach kurzer, aber um so lebhafterer Debatte eine Notordnung betreffend Neuorganisation der Militärgerichtsbarkeit en bloc angenommen.

Kochler-Mehagen nimmt mit kurzen einbringlichen Worten Stellung gegen die den Soldatenräten gegenüber erhobenen Anschuldigungen, seit den ersten Tagen der Revolution bis jetzt 800 Millionen Mark verbraucht zu haben, und erklärt für die Eisenbahngewerkschaft 1 und 4, daß diese bis jetzt 31.000 Mann demobilisiert hätten, denen jedem 80 Mark Entlassungsgeld und 15 Mark Verpflegungsgeld gezahlt worden sei, was insgesamt rund 2 Millionen Mark ausmache. Hierzu kämen noch die 2 Millionen Mark, die schon vorher an diesen Ausgaben gegenüber die letzten der Regierungsbudgeten und somit dem Volkswohlstand erhaltenen Millionenvermögen von Material, so daß bei der Abrechnung also wohl noch ein Plus herauskommen dürfte.

Nach einigen kurzen Bemerkungen wurde die Sitzung geschlossen.

## Gewerkschaftliches.

### Streik der Former und Blechereiarbeiter.

Die Branchenkommission der Former und Blechereiarbeiter sieht sich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Es hat die Verammlung der Former und Blechereiarbeiter seit Sonnabend, den 7. Dezember, die Arbeit haben ruhen lassen. Trotzdem die Former und Blechereiarbeiter davon durchdrungen sind, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine Arbeitsniederlegung eine nur schwer wieder gut zu machende Störung der Produktion bedeutet, blieb den Blechereiarbeitern kein anderer Weg übrig, um ihre durchaus berechtigten Forderungen durchzusetzen.

In einer Sitzung, die am Donnerstag, den 21. November, im Vorhaus tagte und an der Vertreter des Verbandes Berliner Metallindustrieller, sowie die beiden Bevollmächtigten des Berliner Metallarbeiterverbandes, ein Vertreter sowie fünf Kollegen der Branche teilnahmen, wurde noch längerer Aussprache, in der die Unternehmervertreter die Einführung der Lohnarbeit aus lokalen Gründen ablehnten, ein Provisorium, das die Lohnfrage bis zum 31. Januar 1919 regeln sollte, in der beide Teile verbindlicher Form vereinbart. Die endgültige Regelung der Frage, ob Akkord oder Lohnarbeit, sollte einer Reichskonferenz der Former Deutschlands mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller vorbehalten bleiben.

Dieses Provisorium hat die Vertrauensmännerkonferenz der Branche einstimmig verworfen. Die Vertrauensleute stellten sich auf den Standpunkt, wenn es zu einer vorläufigen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche kommen soll, dies nur auf dem Wege der Lohnarbeit zu erreichen ist. Trotzdem Kollege Cohen die Vertrauensmännerkonferenz in längerer Ausführungen zu überzeugen versuchte, daß die Annahme des Provisoriums und die Regelung der strikten Frage, ob Akkord oder Lohn auf der Reichskonferenz unter den gegenwärtigen Verhältnissen die beste Lösung wäre, blieb die Konferenz bei ihrem Beschluß.

In der am 21. November in den Ehrenhöfen tagenden Branchenversammlung traten die Kollegen dem Beschluß der Vertrauensmännerkonferenz einstimmig bei, trotzdem Kollege Cohen sich hier die Kollegen zu seiner Meinung beschließen wollte. Auf Grund dieses Beschlusses lehnte Kollege Cohen die Verantwortung für die weitere Entwicklung ab.

Nach dieser Erklärung wählte die Verammlung eine fünfgliedrige Kommission mit dem Auftrage, am folgenden Tage mit dem Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten in Verbindung zu treten, damit der Vollzugsrat die Herbeiführung einer Verhandlung zwischen der Kommission und Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller in die Wege leiten solle.

Nach eingehender Information trat der Delegierte, Kollege Buchel, der Anregung bei und versprach, seinen Einfluß geltend zu machen, damit die Verhandlung stattfinden könnte. Am folgenden Tage wurde die Kommission durch Kollegen Ulrich telefonisch benachrichtigt, daß die Verhandlung am Donnerstag, den 5. Dezember, stattfinden soll. Ort und Zeit sollen noch bekanntgegeben werden.

Als am Donnerstag die Kommission einen endgültigen Beschluß noch nicht erhalten hatte, begab sich der Branchenvertreter zum Kollegen Wedel, um Näheres zu erfahren. Wedel antwortete zuerst mit Kusshänden, um dann den Beschluß zu geben, daß am nächsten Tage eine Sitzung mit dem Eisenbahngewerkschaften im Abgeordnetenhaus stattfinden, und anschließend daran unsere Angelegenheit verhandelt werden soll.

Am Freitag früh begab sich die Kommission ins Abgeordnetenhaus, um nach 1/2stündigem Warten den Beschluß zu erhalten, daß die Unternehmervertreter mit der Kommission nicht verhandeln; sondern sich nur auf Verhandlungen von Organisation zu Organisation einlassen.

Nachdem und nach der Erklärung des Kollegen Cohen in der Branchenversammlung und der Erklärung des Kollegen Buchel vom Vollzugsrat im Abgeordnetenhaus jeder Verhandlungsweg zur Erreichung unserer Forderung verfallen war, beschloß die am Freitag, den 6. Dezember einberufene Vertrauensmännerkonferenz, am Sonnabend an in allen Branchen die Arbeit ruhen zu lassen. Dieser Beschluß der Vertrauensmännerkonferenz ist mit einer fasten Einstimmigkeit verabschiedet worden und ist darauf tagende, von circa 800 Blechereiarbeitern besuchte Branchenversammlung gab ihrer Empörung über die Verhandlung der Kommission in Worten höchster Entschiedenheit Ausdruck.

Aus dem vorliegenden objektiven Tatsachen können sich alle Berliner Kollegen ein Urteil darüber bilden, ob uns ein anderer Weg zur Durchdringung unserer Forderung übrig blieb. Gleichgültig können sie sich ein Urteil darüber bilden, wo die Schuldigen zu suchen sind, die uns jeden Weg zur Verhandlung unmöglich gemacht haben.

Die Branchenkommission der Former und Blechereiarbeiter geg. Carl Krüger, Berlin N 88, Transvaalstr. 8.

Die Lohnverhältnisse für Metallformer und Berufsgenossen unterliegen noch der Regelung. Wie uns der Branchenvertreter des Metallformer berichtet, sollen die Forderungen bei den Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation erst vorgelegt werden. Definitive Abmachungen liegen demnach noch nicht vor.

## Neuwahl des Schweizer Bundesratspräsidenten.

Bern, 11. Dezember. Die Bundesversammlung wählte zum Schweizerischen Bundespräsidenten für 1919 den Bundesrat Gustav Ador aus Gené, Chef des Departements des Innern. 80 Stimmen fielen auf Bundesrat Müller aus Bern. Zum Vizepräsidenten des Bundesrats wurde Bundesrat Wette ernannt.

## Eine chauvinistische Rede von Barnes.

London, 11. Dezember. Barnes sagte in einer Rede in Glasgow, er würde es nicht für richtig halten, von Deutschland große Entschädigungsummen einzutreiben, da Deutschland niemals in der Lage sein werde, sie zu bezahlen. Er sei aber überzeugt, daß für alle Handlungen gegen das Völkerrecht und die Menschlichkeit Genugtuung geleistet werde und zwar nicht nur vom Kaiser, sondern auch vom deutschen Volk. Das die Verbrechen der U-Boote, die Luftangriffe auf wehrlose Städte und die Verletzung von Hospitalisierungen durch die Deutschen seien, seien ihm bekannt. Wenn er, Barnes, zur Heilung dieser Verbrechen gehen würde, würde er Tonne um Tonne des verletzten Schiffsraumes zurückverlangen. Die Handlungsweise Deutschlands in seinen Kolonien sei so entsetzlich gewesen, daß er schon aus diesem Grunde gegen ihre Rückgabe sei. Barnes schloß mit der Erklärung, daß die Wiedergewinnung der britischen Flotte keinesfalls verringert werden dürfe.

## Was Deutschland zahlen soll.

London, 11. Dezember. Lord Robert Cecil sagte in einer Verammlung in Schwaboth, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Alliierten feststellen, wieviel Deutschland zahlen könne, daß sie die betreffende Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiedergewinnung, Kompensation und Kriegsentwädigung sollte nicht gemacht werden. Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahlen.

## Die Amerikaner in Pola.

Laibach, 10. Dezember. Die „Lobenswürdig“ aus Pola berichtet, daß dort in der vergangenen Woche ein aus amerikanischen, französischen, englischen und japanischen Schiffen bestehendes Geschwader unter dem Kommando eines amerikanischen Admirals ein. Bei den darauf einangeleiteten Verhandlungen wurde die Übernahme der südböhmischen Flotte zwischen den südböhmischen Interessen von dem schwedischen Konsul vertreten, da die Südböhmern die Ausforderung der Italiener in Pola ein Konsulat zu errichten, mit der Verweigerung abgelehnt hatten, daß sie auf eigenem Gebiet keine Konsulatsvertretung brauchen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die gesamte südböhmische Flotte auch die vor einigen Zeit nach Italien gebracht, sechs mit

Kriegsmaterial beladenen Dampfer, in Pola versammelt und auf ihnen die amerikanische Flagge gehißt wurde, während auf der Admiralität Baroma die russische Fahne weht. Die Amerikaner übernahmen auch als die am wenigsten interessierte Macht das Kommando über Pola und besorgen den Postdienst.

## Politische Nachrichten.

Heber eine Entschädigung der Schutztruppen (Schweben, wie gemeldet wird, Erwägungen im Reichsamt des Innern.

Die Verhandlungen der Konferenz im Reichsamt des Innern über die neue Reichsverfassung haben nach einer Korrespondenzmeldung zu einer weitgehenden Übereinstimmung in den wichtigsten Punkten geführt. Ihr Abschluß steht nahe bevor.

Zu der Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats in Wilkow wird mitgeteilt, daß der Offizier, der die Auflösung vornahm, durch das Kriegsministerium sofort abberufen worden sei.

Von den Verhandlungen mit der britischen Kommission in Wilhelmshaven berichtet H. T. A. einen Bericht, in dem gesagt wird, daß die Engländer sehr unzufrieden waren und sehr weitgehende Forderungen stellten. Trotz Hinweises auf die bedenklichen Folgen für die deutsche Volksernährung zeigte die Kommission auch kein Entgegenkommen in der Frage der Freigabe der Fischerei und des Verkehrs zwischen den deutschen Häfen. Ferner verlangte der englische Admiral, daß bis zum 17. 12. sämtliche Befehle von den außerdienstgestellten Schiffen interniert würden bis auf Instandhaltungskommandos, wie sie auf einer Hülz verbleiben sollen.

Protestkundgebungen gegen die polnischen Ansprüche auf Oberschlesien haben am 9. Dezember in vielen ober-schlesischen Städten stattgefunden.

Im Hamburger Großen Arbeiter- und Soldatenrat wurde eine Resolution beschlossen, die die Schaffung von Wachmannschaften aus überzeugten Anhängern der Revolution, die Uebergabe aller Waffen- und Munitionsdépôts in die Gewalt zuverlässiger Truppen, das Verbot des Tragens von Offiziersanzügen und die Entlassung der Offiziere verlangt.

Der Religionsunterricht in den Hamburger Schulen wird künftig in Fortfall kommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt, auch Schulanfänger sollen unterbleiben. Es bleibt unbenommen, Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen.

Die Wahlordnung für die österreichische konstituierende Nationalversammlung ist vom österreichischen Wahlreformauschuß angenommen worden. Ob die Wahlpflicht eingeführt sei, wurde den Landesparlamenten für ihr Gebiet festzusetzen überlassen.

Für den Wiederaufbau Nordfrankreichs hat der französische Minister für öffentliche Arbeiten Untersuchungen veranlaßt, deren Ergebnis jetzt vorliegt. Danach sind 1800 Straßen zu erneuern, wofür 4000 Tonnen Stahl erforderlich sind. Ferner sind 120 Schulen und 5000 Kilometer Schienenweg zu erneuern.

Der Parteilag der Sozialisten, die bisher entschieden für die Monarchie eintraten, hat sich für die Aufnahme der Forderung der Republik in das Parteiprogramm ausgesprochen.

Expedition „Die Freiheit“  
 Berlin 1706  
 Schiffbauerdamm 19.  
 Grundsätze  
 Stm die



# Erhöhung der Eisenbahntarife?

Von Heinrich Ströbel.

Die Wähler bedachten von der Absicht, die preussisch-preussischen Eisenbahntarife um 60 Prozent zu erhöhen. Das „Berl. Tagebl.“ beruft sich auf den Vorsitzenden des Preussischen Senatsministeriums Paul Dirsch als Zeugen für diese Absicht und erhebt dagegen lebhafteste Einwendungen. Eine solche Steigerung der Tarife könne den erhofften finanziellen Erfolg nicht erzielen, da sie absehbar teurer wirken müsse. Und gerade eine sozialistische Regierung müsse sich doch klar darüber sein, daß nur eine Senkung des Verkehrs die Voraussetzung für den notwendigen Aufschwung unseres darniederliegenden Wirtschaftslebens sein könne.

Es ist deshalb die Frage zu beantworten: Wie steht es mit der Erhöhung der Eisenbahntarife?

Darauf ist zu antworten: Eine Erhöhung der Tarife ist von der preussischen Regierung nicht beschlossen worden. Vielmehr ist dem Eisenbahnminister nur die Vollmacht gegeben worden, sich mit den Regierungen der anderen deutschen Volksstaaten ins Benehmen zu setzen, um sich über Mittel zur Deckung des gewaltigen Defizits in der Eisenbahnverwaltung zu verständigen. Einen verbindlichen Charakter sollen diese Verhandlungen nicht tragen.

Nichtig ist allerdings, daß die Preussische Eisenbahnverwaltung die Erhöhung der Fracht- und Personentarife für dringend notwendig hält, um das kolossale Defizit zu decken. Dies Defizit soll für das Etatsjahr 1918 auf 1100, für das Etatsjahr 1919 auf 1250 Millionen belaufen, für beide Jahre also auf annähernd 2 1/2 Milliarden Mark. Und wohlgemerkt: ohne die gewaltigen Mehrausgaben, die der Eisenbahnverwaltung aus der Sicherung der Löhne und Gehälter erwachsen. Eine Lohnforderung aber, die erst vor wenigen Tagen den Eisenbahnarbeitern bewilligt worden ist, erfordert allein rund 400 Millionen. Dazu kommen noch die Beiträge für die Demobilisierungsgulage, für Gesundheitsleistungen für die unteren Beamten usw. Es steht also außer aller Frage, daß die Finanzlage der Eisenbahnverwaltung, die während der Friedensjahre eine so glänzende war und die Eisenbahnüberschüsse zur stärksten finanziellen Stütze des Preussischen Staates machte, zur Zeit eine geradezu trostlose geworden ist, so daß sie eine Sanierung erfordert.

Der Eisenbahnminister hat das begriffliche und vom Standpunkt seines Ressorts aus auch völlig berechtigte Streben, so bald als möglich der unerlösten Defizitwirtschaft wenigstens einigermaßen entgegenzutreten. Und es ist klar, daß er mit kleinen Mitteln nicht auskommen kann. Er braucht den enormen Preisbeträgen gegenüber auch sehr erhebliche Mehreinnahmen. Er empfiehlt daher eine generelle Erhöhung für alle Frachten um 60 Prozent (vorbehaltlich gewisser Ausnahmen für Lebensmittel) und eine Erhöhung der Personentarife, die für die 4. Klasse 20, für die 3. Klasse 25, für die 2. Klasse 35 und für die 1. Klasse 100 Prozent betragen soll. Der Minister für die öffentlichen Arbeiten plant allerdings die Schaffung des Preisklassen-systems, für neu zu elektrifizierende Strecken sogar das Einklassen-system; für die Uebergangszeit will er wenigstens die bisher ganz unrentable 1. Klasse durch eine Verdoppelung des Tarifs stark heranziehen. Diese Tarifserhöhungen sollen für den Frachtverkehr 1140, für den Personenverkehr 900 Millionen, insgesamt also 1940 Millionen mehr bringen. Dieser Betrag würde zwar das Defizit noch immer bei weitem nicht decken, aber doch um ein beträchtliches herabmindern.

Die Sozialdemokratie ist früher scharfe Gegnerin der Tarifserhöhungen gewesen. Sie hat stets den Standpunkt vertreten, daß es die Aufgabe der Eisenbahnen sei, durch möglichst niedrige Tarife zur Belebung des Verkehrs beizutragen, statt ihn durch hohe Tarife zu erschweren. Sie hat sich auch scharf gegen die Erhöhung der Eisenbahntarife ausgesprochen und den Staat zu machen und durch hohe Eisenbahntarife die bestehenden Klassen des Volkes entsprechend höherer Steuern zu ersparen.

Dies Moment kapitalistisch-fiskalischer Rücksicht kommt hier nun freilich gar nicht in Frage. An ein Erzielen von Ueberbeträgen ist nicht im entferntesten zu denken; es handelt sich lediglich um die Deckung des Defizits. Und dagegen, daß Einnahmen und Ausgaben miteinander ins Gleichgewicht zu bringen sind, läßt sich grundsätzlich nichts einwenden.

Dennoch legen wir starke Bedenken gegen die Vorschläge des Eisenbahnministers, mindestens gegen ihre rasche und unbedingte Durchführung.

Doch so bedeutend erhöhte Tarife den Verkehr, der doch der lebhaftesten Aufmunterung bedarf, nicht anregen werden, ist ohne weiteres zuzugeben. Ferner werden die 1940 Millionen Mehreinnahmen aus den Frachttarifen sicherlich in einer merklichen Erhöhung der Warenpreise zum Ausdruck kommen. Da es sich sicher nicht mehr als diese Summe von den Produzenten und Händlern wieder auf das konsumierende Publikum abwälzt werden, so daß dadurch die Erhöhung der Frachttarife wie eine empfindliche indirekte Steuer wirken wird. Und soweit die erhöhten Personentarife eine Vertiefung der Beschäftigten mit sich bringen werden, auch sie wiederum auf die Käufer abwälzt werden. Die Arbeiterklasse wird aber von dieser Vertiefung der Waren in schwerem, weil unabwehrbaren getroffen werden.

Trotzdem könnte man sagen: Auch wenn das alles zutrifft, es gibt nun einmal keinen anderen Ausweg. Die Eisenbahnverwaltung kann nicht dauernd ein Milliardendefizit ertrogen, wenn wir nicht vollends bankrott werden wollen. Da alle Befestigungsstellen der Eisenbahnen: die Kohlen, die Rohmaterialien, die Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Schienen, vor allen Dingen aber auch die Arbeiterlöhne so außerordentlich gestiegen sind, kann die Eisenbahnverwaltung einfach nicht mehr mit den bisherigen Tarifen wirtschaften. Die Tarifserhöhung ist eine Notwendigkeit, der man sich darum so rasch als möglich beugen sollte. Jedes Zögern er-

läßt nur das Defizit und verschlechtert die ohnehin so trostlose Finanzlage.

Aber so einfach liegen die Dinge eben doch nicht. Zunächst wäre es unbillig, der Eisenbahnverwaltung um dem auf den Eisenbahnverkehr angewiesenen Publikum einfach alle die Lasten aufbürden zu wollen, die der überwiegende Krieg verschuldet hat. Denn der so selbst ins Entleere verschleppte Krieg war es doch, der die Abnutzung von 5000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen verschuldete, der unser ganzes Eisenbahnmateriale verwüstete, der Lokomotiven, rollendes Material und den Unterbau verunbrauchbar ließ und so dringend reparaturbedürftig machte. Daß wir jetzt so enorme Ausgaben für Reparaturen und Neubauten haben, ist die Schuld des Krieges und unserer Kriegstreiber. Und wenn man seit Jahren mit vielen Milliarden als einer unermesslichen Demobilisierungsausgabe rechnete, so hat eben ein Teil dieser Ausgabe auch auf die Erneuerung, und Reparaturausgaben der Preussischen Eisenbahnen verrechnet zu werden.

Wir müssen deshalb erst einmal eine völlig klare Uebersicht über unsere Eisenbahnfinanzen erhalten, eine scharfe und konsequente Trennung zwischen den außerordentlichen, auf den Krieg zurückzuführenden Ausgaben und den normalen, laufenden Ausgaben der Eisenbahnverwaltung. Erst dann wird sich eine wirkliche Bilanz zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen lassen, von deren Resultat die Gestaltung der Tarife abhängt. Ein blindes Draufschreiben von Zuschlägen, das kein anderes Ziel hätte, als zunächst einmal möglichst viel Geld heranzubringen, könnte einer vernünftigen, organischen Regelung nur schaden, zumal wir die einmal beschlossenen „Zuschläge“ schließlich so bald nicht wieder loswerden. Hunderte Erfahrungen stehen da als Warnungsbild vor uns.

Ob es ohne Tarifserhöhungen auf die Dauer gehen wird, erscheint auch uns fraglich. Aber so eilig ist die Sache eben doch nicht, daß die preussische Regierung sie halb über Kopf beschließen müßte, ganz ohne Rücksicht darauf, wie sich dann das ganze Wirtschaftsleben und Steuerwesen im Reich und in den Einzelstaaten gestalten wird!

Bevor man so gewaltige Tarifserhöhungen vornehmen darf, hat man doch nun einmal die Pflicht, wenigstens die Grundlinien der ganzen neuen Steuer- und Wirtschaftspolitik festzulegen.

Nach der Rede des Herrn Schiffer aber hat es den Anschein, als ob man sich mit der Regelung der Steuerverhältnisse einigermaßen Zeit lassen wolle. Welche direkten Steuern wir erhalten sollen, wissen wir noch nicht; wohl aber hat uns der Reichsfinanzminister versichert, daß das Volk auch noch mit mancherlei indirekten Steuern bestraft werden soll. Ich weiß sehr wohl, daß die Deckung der ungeheuren Milliarden Jahreausgabe, die unser Kriegsheld dem deutschen Volke als unheilige Erbschaft hinterlassen haben, kein Hindernis ist und gründlichster Vorarbeiten bedarf. Aber wir müssen doch erst einmal, und sei es auch erst im Allergrößten, wissen, bis zu welchem Grade das Kapital und der Ueberfluß zu den Staatslasten herangezogen werden wird, bevor wir uns entschließen können, etwaige unvermeidliche Eingriffe in das Einkommen und den Konsum der breiten Volksmassen zu machen.

Eine Tarifserhöhung mag notwendig, mag unvermeidlich sein. Aber bevor wir ihr zustimmen und damit dem Volke eine Milliardenbelastung auferlegen, wollen wir auch die Garantie haben, daß auf dem Gebiete der direkten Erfassung der Einkommen und Vermögen alles geschieht, was einen Eingriff in die Taschen auch der Minderbemittelten rechtfertigt.

Verträgt die Lösung der großen Finanzprobleme noch den Ausschau um ellihe Monate, so werden Preußen und das Reich auch nicht zugrunde gehen, wenn ihnen noch auf kurze Zeit eine monatliche Mehreinnahme von 100—150 Millionen entgeht. Oder aber: ist die Eile so dringend, so beschleunige man auch im gleichen Tempo die Arbeiten unserer Reichsfinanz- und Wirtschaftsreform!

## Groß-Berlin.

### Wachsende Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Arbeitslosen wächst rapide. Am Montagabend waren allein in den Meldestellen Berlin 31 000 Arbeitslose gemeldet. Man kann auf den Tag 3000 Arbeitslose rechnen. Hierzu kommen die Arbeitslosen in den Vororten.

Die Erwerbslosenfürsorge steht als Vorbedingung für Unterbringung eine Karenzzeit von acht Tagen vor. Bei dem großen Umfang, den die diesmalige Erwerbslosenfürsorge umfaßt, tauchen unzählige Fragen auf, die einer Lösung entgegengeführt werden sollen. Da ist die Frage: Wer soll unterstützt werden? Soweit Familien in Frage kommen, in denen der Schule entwachsene erwerbsfähige Personen vorhanden sind, wird geprüft, inwieweit an erwerbslose Familienangehörige zu zahlen ist, wenn ein Teil Arbeit hat.

Einer Lösung harret die andere Frage, ob Unterstützung zu zahlen ist, wenn Personen vor dem Kriege zum Teil tätig gewesen sind. Noch wichtiger gestaltet sich die Unterbringung der Handwerker, Geschäftsleute und die Angehörigen freier Berufe, wie Künstler, Schriftsteller. Die Ausübung einer Tätigkeit durch den Arbeitsnachweis dürfte für die letzten genannten Kategorien erzieht werden durch die Handwerker- und Hilfsorganisationen. Ein Weg zur Prüfung der Bedürftigkeit von Angehörigen freier Berufe muß noch gefunden werden.

Auch die Frage: Wer ist als arbeitsfähig zu betrachten, bedarf noch einer Lösung. Alle diese Fragen werden im Ein-

vernehmen mit Sachverständigen baldigst zu lösen vermindert.

Der Demobilisations-Ausschuß Groß-Berlin hat die für den Fall teilweiser Erwerbslosigkeit geltenden Bestimmungen des Statuts für die Erwerbslosenfürsorge abgeändert und für die zur Statistik-Gemeinschaft Groß-Berlin gehörenden Gemeinden in Kraft gesetzt. Sofort hiernach Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Anzahlbetriebe die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen, erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosen-Unterstützung, sofern 70 vom Hundert ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstühtungsbeitrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen.

Als Erwerbslosenunterstützung ist der Unterschied zwischen dem derzeitigen Arbeitsverdienst und dem doppelten Unterstühtungsbeitrag zu zahlen. In dem doppelten Unterstühtungsbeitrag tritt für die Ehefrau, sowie für jedes Kind unter 14 Jahren ein Zuschlag von 1 Mark für den Arbeitstag hinzu. Die zu gewöhnliche Erwerbslosen-Unterstützung einschließlich des derzeitigen Arbeitsverdienstes darf den regelmäßigen Arbeitsverdienst nicht überschreiten. Auch darf die Unterstützung bei teilweiser Erwerbslosigkeit nicht höher sein, als der Betrag der Unterstützung im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit.

Zur möglichst schonigen Ableitung aller der durch Ver- führung der Arbeitszeit infolge Kohlen- und Rohstoff- mangels zu erwartenden schmerzlichen Anträge auf Gewährung der teilweisen Erwerbslosenunterstützung ist ferner angeordnet, daß die Berechnung und Auszahlung der Unterstühtungsbeiträge von den einzelnen Betrieben bzw. Arbeitgebern an der Hand besonderer Listen vorzunehmen ist, während die Gemeinden den Arbeitgebern die ver- antwortlichen Unterstühtungen zu erstatten haben.

Formulare und Anweisungen für die Berechnung und Aus- zahlung der Unterstühtungen können von den Arbeitgebern im Bureau der Erwerbslosenfürsorge, Berlin E. 2, Kaiser-Wilhelm- Straße 48, in Empfang genommen werden.

### Zur Erwerbslosenfürsorge.

Am dem Anbrang zu den in den Stadtteilen mit vorwiegen- der Arbeiterbevölkerung liegenden Geschäftsteilen der Erwerbs- losenfürsorge zu begegnen, werden am Donnerstag, den 12. Dezember, weitere Geschäftsteile zur Entgegennahme der Anträge auf Erwerbslosenunterstützung eröffnet werden. In den nächsten Tagen werden noch einige andere Geschäftsteile hinzu- kommen. Ueber die Lage derselben ergeben die Säulen- anschlüsse nähere Auskunft. Zur Beschleunigung des Ge- schäftsganges sowie zur Vermeidung unnötiger Wänge für die Erwerbslosen, andererseits auch zur Sicherung der notwendigen Kontrolle wird den Erwerbslosen im eigenen Interesse empfohlen, bei Stellen ihres Antrages die notwendigen Unterlagen für ihre Angaben, z. B. polizeiliche Anmeldung und einen Ausweis über ihre Familienangehörigen (Stammbuch oder dergl.) mitzu- bringen.

### Bestattung der Opfer des 6. Dezember.

Der Volksgenrat hat in seiner gestrigen Sitzung be- schlossen, daß die Beerdigung der Opfer des gegenwärtigen nationalen Kampfes am vorigen Freitag von der Stadt Berlin aus beerdigt werden. Der Magistrat ist ersucht worden, das weitere zu veranlassen. Die Bestattung wird im Fried- richshain erfolgen.

### Arbeiterratswahlen.

Wir machen hiermit bekannt, daß die Arbeiterrats- wahlen bis zum 14. Dezember 1918 verlängert werden.

Die Resultate müssen bis Sonnabend, den 14. Dezember 1918, mittags 12 Uhr, im Zentralbureau des Wahlbureaus, Lehrerevereinshaus, Alexanderplatz, abgegeben sein.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß zu den dem- nächst stattfindenden Arbeiterratsversammlungen Arbeiterrats- mitglieder nur dann Zutritt haben, wenn sie im Besitz der neu herausgegebenen grünen Legitimationskarten sind. Die Wahlkommission. J. A.: Neumann.

### Sitzung der A- und E.-Räte Groß-Berlins.

Am Sonnabend, den 14. Dezember 1918, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 18, eine Versammlung aller Arbeiter- und Soldaten-Räte Groß-Berlins mit der Tagesordnung: Stellung- nahme zur Delegiertenversammlung statt. Voll- zugrat des A- und E.-Räte Groß-Berlins.

### Aus dem Neuköllner Spartalistenparadies.

Und wird geschrieben: Unter der obigen Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ eine Rolle, in der die Scheidemänner ihrem be- drückten Herzen Luft machen. Schwer wird es uns nachzulesen, daß wir den Rietmücker bekämpfen wollen, und demzufolge verhindern, daß bei einem Einkommen von unter 5000 M. zu Pfändung geschritten werden kann. Eine Notmaßnahme, die ge- troffen wurde, um spruchweise Pfändungen aufzuhalten, bis die Regierung Schutzmaßnahmen getroffen hat für die zahlungs- unfähigen Opfer des Krieges.

Da dem A- und E.-Rat die Kontrolle über die kommunalen Einrichtungen zusteht, heißt er es für seine Pflicht, die Volks- fäden durch legitimierte Mitbürgerinnen kontrollieren zu lassen. Bezeichnend ist es, wenn diese Kontrolle den Scheidemännern, welche sich als Sprecher des Magistrats aufspielen, unangenehm ist. Ganz aus dem Häuschen sind die Herren, daß die A- und E.-Räte es verhindern will, die Stadtverordnetenversammlung tagen zu lassen, um den vorliegenden Stoff selbst zu erledigen. Man glaubt eben den Verband in Ordnung genommen zu haben. Allen Einwohnern der Stadt sind die Radikationen der Wahlrechts- räuber um Rahm in bester Erinnerung: Leute, denen das elende

**Kleine Anzeigen**

Gesuch. Mitarbeiter eines Gesuch. Organ. Genosse, höherer Schulmann, A. D., redierlich und organisatorisch tüchtig, sucht auf sofort passende Stellung. Berlin, Hamburg bevorzugt. Off. u. Nr. 24 u. 4. Geschäftsstelle d. Ztg.

**30 Zeitungsfrauen** zum Austragen d. „Freiheit“ sucht Lehmann, Liebigstraße 10.

**Strassenhändler** für „Die Freiheit“ ständig gesucht Schiffbauerdamm 19.

Schleimchen auf die Wochenschrift „Der Sozialist“ einen einjährigen bis zweijährigen Mann, 16-18, intelligent, gutmütig, gesund.

**Botenfrauen** sucht Charlottenburg Kaiserin-Augusta-Allee 6.

Ein zweischläfriges Bett mit Matratze (sehr stabil), ein Stuhlstuhl (Petroleum) zu verkaufen. Tietze, Pöcklerstr. 43 v. IV.

**Botenfrauen** zum Austragen der „Freiheit“ gesucht Expedition Engel, Lichtstr. 100, Lichtenberg, 11.

**Zeitungsträgerinnen** werden noch eingestellt in Lichtenberg Engel-Neue Bahnhofstr. 36 im Laden und bei PrenB, Tasdorfer Straße 3 im Laden, im Süden bei Jordan, Dresdener Str. 23 im Laden und bei Baum, Stallschreiberstraße 47 im Laden.

**Botenfrauen zum Austragen der Freiheit** verlangt Sinner, Muskauer Str. 31.

**Botenfrauen** werden verlangt. Hackbarth, Michelskirchplatz 2 Baum, Stallschreiberstr. 47.

**Frauen**, die im Westen wohnen, Ecken dauernde Beschäftigung, Meldegen nachmittags. Frau Marie Dörig, W 57, Steinmetzstr. 23 vors. ptr. links.

**Schuhmacher** verlangt Wittke, Wiktorsplatz, 35.

**Zum Befördern von Zeitungen** auf der Bahnstrecke Schlesi- scher Bahnhof bis Erkner; sowie Schlesi- scher Bahnh. bis Kaulsdorf werden 2 Boten ev. Kriegs- beschädigte gesucht. Meldung Expedition „Freiheit“, Schlüßenerdamm Nr. 19, IV.

**Botenfrauen** werden verlangt Solmsstr. 4.

**20 Botenfrauen** sucht Spedition Mews, Genter Straße 28.

Aus dem Felde zurück **Dr. Glaser** Zorndorfer Straße 1.

